

Zwischen Rathaus und Preussischem Landtag

Von Joachim Fahrn

Berliner Regierung droht der Bummelstreik in den Amtsstuben

Eine Regierung liegt mit ihren eigenen Leuten über Kreuz. Wenn die Beschäftigten die harte Linie ihrer Gewerkschafts- und Beamtenfunktionäre nach dem Scheitern des Solidarpaktes mittragen, darf sich der Senat auf einen Bummelstreik in den Amtsstuben gefasst machen. Ein alltäglicher Boykott rot-roter Vorgaben durch eine große Zahl von Mitarbeitern wäre womöglich schlimmer für die Stadt als ein Streik bei der Müllabfuhr. Denn wie soll in schweren Zeiten regiert werden, wenn Beschlüsse über Strukturveränderungen einfach aus Revanche für die harte Forderung auf Lohnstopp verschleppt werden?

Schon in der Vergangenheit konnte die Koalition mit ihren politischen Vorstellungen nur sehr begrenzt auf Beihilfe der hauptamtlichen Apparate zählen. Vor allem aus den Spitzen der Hauptverwaltungen kam wenig. Das führte zu Stillstand, denn in Berlin war man es jahrzehntelang gewohnt, dass inhaltliche Politik-Konzepte in den Verwaltungen ausformuliert wurden. Das ist jetzt vorbei. Stattdessen setzen Fraktionen und Senatoren auf «Do it yourself».

Die Entrümpelung der Verwaltungsvorschriften und bürokratischen Abläufe ging Innensenator Ehrhart Körting alleine an. An einem Wochenende wälzte der Jurist die Gesetzblätter und schrieb 38 Punkte auf, an denen zu straffen und zu streichen wäre. Ein Anfang nur. Aber seine Beamten hätten viele Gründe gefunden, warum das alles nicht geht. Auch die Bundesratsinitiative zur Änderung des Beamtenrechts belegt den Trend. Die fürs Dienstrecht zuständigen Mitarbeiter werden von der Aufgabe fern gehalten. Eine solche Vorlage schreibe er an einem Nachmittag selbst, sagte Finanzsenator Thilo Sarrazin.

Im rot-roten Kabinett gelten mittlerweile solche Senatoren und Staatssekretäre als starke Figuren, die sich möglichst wenig von ihren meist bedenkenträgerischen Beamten leiten lassen. Wenn man die Mitarbeiter einspannt, dann werden Sondergruppen aus geistig beweglichen Dienstkräften gebildet, die dann radikale Ergebnisse wie die berüchtigte Giftliste aus der Finanzverwaltung vorlegen. Die ist zwar keine offizielle Senatspolitik. Man darf jedoch sicher sein, dass wir viele Vorschläge wiedersehen werden, wenn es in ein paar Monaten ernst wird mit der Haushaltssanierung.

Nicht nur die Senatoren, auch die Abgeordneten nehmen das Heft stärker in die Hand. Zum Beispiel beim jahrelang folgenlos diskutierten Gebäudemanagement. Aus der Finanzverwaltung kam ein kompliziertes Konzept, das die Finanzexperten von SPD und PDS so nicht akzeptieren konnten. Früher hätte man das Papier zurück in die Behörde gegeben, man hätte dort daran herumgewerkelt, passiert wäre erst mal nichts.

Diesmal jedoch setzten sich sechs im Berliner Politikbetrieb noch neue Abgeordnete und Fraktionsmitarbeiter mit Fachkenntnissen zusammen. In sechs Wochen doktorten die Bankerin Dilek Kolat, der Steuerberater Stefan Zackenfels und der Anwalt und Ex-Baustadtrat **Bernd Schimmler** für die SPD mit den PDS-Finanzexperten Marian Krüger, Carl Wechselberg und Alexa Prietzel mit Rückendeckung ihrer Fraktionsspitzen am neuen Konzept, das nun im Parlament mehrheitsfähig ist.

Die Parlamentarier waren unberührt von all den Ressortegoismen, die bisher - das sei zur Ehrenrettung der Beamten gesagt - eine sachgerechte Lösung für das viel beschworene Facility-Management verhindert hatten. Vor allem Peter Strieders Bauverwaltung hatte opponiert, denn die neue Lösung bedeutet, dass mittelfristig die bauliche Unterhaltung landeseigener Gebäude und damit Hunderte von Mitarbeitern und viele Millionen Euro aus der Hoheit des SPD-Landeschefs abgezogen werden. Künftig wird eine landeseigene GmbH, die dem Finanzsenator untersteht, für die Gebäude zuständig sein. Ein wirtschaftlich denkender Immobilienmanager kann im Zweifel sogar einen Senator aus überdimensionierten Büros jagen, wenn er das Gebäude verkaufen oder einen Teil anderweitig vermieten will. Eine Revolution, die die Senatoren selbst nicht zum eigenen Schaden beschließen wollten. Insofern wirken bei vielen Regierungsspitzen ähnliche Status-Quo-

Rettungsmechanismen wie bei ihren Beamten.

Aber ehrgeizige Sachpolitiker aus der zweiten Reihe wollen das nicht durchgehen lassen. Die jungen Fachleute in den Fraktionen sind wild entschlossen, auch andere knifflige Streitfragen wie etwa den zentralen Stellenpool für Überhangkräfte ebenso in Eigenregie zu lösen wie das Gebäudemanagement. Sie müssen nur noch ausreichend loyale und einsatzbereite Mitarbeiter in den Behörden finden, die ein beschlossenes Konzept im Interesse Berlins auch umsetzen, obwohl Senat und Gewerkschaften im Solidarpakt-Clinch liegen.

MP 20.10.2002